

QUARTALSBERICHT

Projektland: Jordanien, Libanon, Syrien

Quartal/Jahr: I/2011

SCHLAGZEILEN

1. Jordanien

- Ermutigt von den Protesten in Tunesien und Ägypten nehmen auch in Jordanien die Demonstrationen zu, bei denen Teile der Bevölkerung ihre Unzufriedenheit und ihren Unmut über die politische, wirtschaftliche und soziale Lage zum Ausdruck bringen
- König Abdullah II. entlässt, zum ersten Mal auf Druck der Straße, die sich erst seit dem 24. November 2010 im Amt befindende Regierung Rifai und kündigt Reformen an

2. Libanon

- Auch drei Monate nach dem Scheitern der Regierung unter Führung von Saad Hariri ist eine neue Regierung nicht in Sicht, gleichwohl der Durchbruch der diesbezüglich geführten Verhandlungen mehrfach als kurz bevorstehend angekündigt worden war
- Die politische Instabilität im Libanon scheint angesichts der Ereignisse in Tunesien, Ägypten, Jemen, Bahrain, Jordanien und Syrien, so wie übrigens auch der israelisch-palästinensische Konflikt, zunehmend in den Hintergrund zu rücken

3. Syrien

- Nach anfänglicher Zurückhaltung demonstrieren seit Mitte März 2011 auch in Syrien immer mehr Menschen für bessere Lebensverhältnisse und mehr politische Freiheit mit dem Ergebnis, dass, wie nicht anders zu erwarten gewesen war, die Führung des Landes mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Demonstranten vorgeht
- Regierung tritt nach Ausweitung und Eskalation der Demonstrationen zurück, ohne dass es darüber hinaus zu politischen Zugeständnissen kommt

Jordanien

Eine noch nie dagewesene Protestwelle überrollte die arabischen Machthaber vom Westen (Maghreb) bis zum Süden (Golf). In Tunesien und Ägypten stürzten die Despoten, in Libyen herrscht Krieg und auch in anderen Staaten klammern sich die Herrschenden an ihre Macht. Auch Jordanien ist davon nicht verschont geblieben.

Wenn man die Entwicklung in Jordanien genauer betrachtet zeigt sich jedoch, dass sich Widerstand gegen die Politik der Regierung nicht erst seit 2011 regt. Auslöser dieses Widerstandes war die zunehmend schwierige wirtschaftliche Lage immer größerer Teile der Bevölkerung, die durch die Steuer- und Finanzpolitik der beiden Regierungen von Samir Rifai noch verschärft worden ist. Darüber hinaus hat das im Mai 2010 in Kraft getretene neue vorläufige Wahlgesetz die ohnehin schon bestehende Kluft in der Bevölkerung vergrößert. Die gemeinhin als königstreue bezeichneten ost-jordanischen Familien und Beduinenstämme, die von dem aktuellen wie von früheren Wahlgesetzen profitieren, begrüßen dieses Wahlgesetz. Die Opposition um die jordanischen Muslimbrüder und ihren politischen Arm, die Islamische Aktionsfront, deren Anhänger eher palästinensischer Abstammung sind, lehnen es ab, da sie sich durch dieses wie auch durch frühere Wahlgesetze benachteiligt fühlen. Der vorgenannte Widerstand richtet sich aber bis heute nicht primär gegen das Königshaus, sondern gegen die Politik der jeweiligen Regierung. Es entwickelte sich ab Anfang 2011 zunehmend ein öffentlicher Protest, da Anfang März 2011 in Jordanien das Versammlungsverbot aufgehoben worden ist.

Nichtsdestotrotz haben die ersten Ereignisse in Tunesien und Ägypten natürlich Auswirkungen auf Jordanien gehabt. Insbesondere König Abdullah II. schien bereits früh geahnt zu haben, in welche Richtung sich die Demonstrationen in Jordanien würden entwickeln können, wenn man diese einfach ignoriert oder diesen gar mit Gewalt begegnet. Ob die beiden Regierungen des Jahres 2011 diesen Weitblick aber auch hatten bzw. haben, scheint weit weniger sicher. Die ersten Proteste und Demonstrationen des Jahres 2011 hatten aus Sicht des Berichterstatters immer noch stärker wirtschaftliche denn politische Hintergründe, auch wenn der Protest an der Regierung Rifai nicht nur angehalten, sondern weiter zugenommen hat. Der Protest richtete sich ab Ende des Jahres 2010 auch zunehmend gegen das erst am 09. November 2010 neu gewählte Abgeordnetenhaus, da dieses Premierminister Rifai und seiner Regierung am 23. Dezember 2010 das Vertrauen ausgesprochen hatte. Forderungen nach Auflösung des Parlaments wurden laut, die bis heute nicht verstummt sind.

Die Ereignisse in Tunesien und Ägypten machten den Menschen in Jordanien zunehmend Mut, für ihre Belange auf die Straße zu gehen und neben wirtschaftlichen auch zunehmend politische Themen aufzugreifen. So nahm die Zahl der Demonstrationen und der jeweiligen Demonstranten ab Januar 2011 beständig zu, wobei festzustellen war, dass die überwiegende Zahl dieser Demonstrationen überaus friedlich verlaufen ist. Chronisten haben in Jordanien bis Ende März 2011 mehr als 120 Demonstrationen gezählt. Die Zahl der an diesen Demonstrationen teilnehmenden

Menschen hat, wenn überhaupt, nur 2-3 Mal die 10.000 überschritten. Meistens bewegten sich die Teilnehmerzahlen in einer Größenordnung von bis zu 5.000 Menschen, was aber auch daran gelegen haben mag, dass bis Anfang März 2011 noch ein Versammlungs- und Demonstrationsverbot bestanden hat.

Bereits am 10. Januar 2011 hatte der jordanische König die Regierung ungewöhnlich deutlich angewiesen, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die wirtschaftliche Lage großer Teile der Bevölkerung schnell und spürbar erträglicher zu machen. Bereits am Tag darauf reagierte die jordanische Zentralbank mit der Aufforderung an die Privatbanken, die Zinssätze für Kredite an kleinere und mittlere Unternehmen um einen Prozentpunkt zu senken (die Zinsen für derartige Kredite liegen bis heute bei teilweise über 7%). Am gleichen Tag verkündete die Regierung ein Maßnahmenpaket zur Abfederung der weiter steigenden Preise für vor allem (Grund-) Nahrungsmittel und Mineralölprodukte wie Benzin, Diesel und Heizöl. Dazu gehörten u.a. die Reduzierung der Steuersätze auf bestimmte Grundnahrungsmittel, höhere Subventionen für dieselben und in begrenztem Umfang die Schaffung von Arbeitsplätzen im staatlichen Bereich. Dieses erste Maßnahmenpaket hatte zum Zeitpunkt seiner Bekanntgabe einen finanziellen Umfang von rund 175 Millionen Euro. Um die Verschuldung nicht weiter ausufern zu lassen war geplant, diese im Budget nicht eingeplanten Ausgaben an anderer Stelle wieder einzusparen. Wo, wurde nicht gesagt, und drei Monate später kann man davon ausgehen, dass diese Einsparung wohl nicht wird realisiert werden können, da zwischenzeitlich weitere finanzielle Belastungen auf den Staatshaushalt zugekommen sind. Daran änderte auch eine kurzfristig gewährte Finanzspritze der USA nichts, die einen Umfang von 75 Millionen Euro gehabt hat. Die Maßnahme wurde seitens der Bevölkerung dankbar angenommen. Sollte die Regierung jedoch geglaubt haben, dass dies den Unbill der Bevölkerung besänftigt, so sah sie sich schnell eines Besseren belehrt. Nur wenige Tage später, am 20. Januar 2011, sah sich die Regierung veranlasst, ein zweites Maßnahmenpaket im Umfang von rund 330 Millionen Euro auf den Weg zu bringen. Mehr als die Hälfte dieses Betrages soll für die Erhöhung der Gehälter von Staatsbediensteten verwendet werden. Der seit dem Jahr 2007 bei aktuell rund 160,- Euro im Monat liegende Mindestlohn blieb unangetastet.

Angesichts der Schnelligkeit, mit der die vorgenannten Maßnahmen ergriffen worden sind, darf an deren Seriosität gezweifelt werden. Das schon eher als überstürzt zu bezeichnende Handeln verfolgte vermutlich auch nur ein Ziel: Dampf aus einem Kessel zu nehmen von dem man nicht wusste, wie lange er weiter zunehmendem Druck noch standhält. Die Maßnahme wurde einmal mehr von den Menschen begrüßt, im gleichen Atemzug aber weiterhin als nicht ausreichend bezeichnet. Von politischen Zugeständnissen war keine Rede.

An den Demonstrationen, die seit Beginn des Jahres 2011 an allen Wochenenden stattfanden, beteiligen sich bis dahin jeweils mehrere Hundert bis mehrere Tausend Menschen. Zu den Demonstrationen riefen Berufsverbände, Gewerkschaften, unabhängige, überwiegend als links zu bezeichnende Organisationen und die politische Opposition (Baathisten, Pan-Arabisten, Kommunisten etc.), an deren erster Stelle die Muslimbrüder und deren politischer Arm, die Islamische Aktionsfront, zu

nennen sind, auf. Inzwischen hatten sich die freitäglichen Demonstrationen, die nicht nur in Amman, sondern auch in anderen Städten des Landes stattfanden, fast schon institutionalisiert. Der Protest der Bürger richtete sich nach wie vor in erster Linie gegen die Regierung, die seit Ende November 2010 im Amt war und die die Politik der Vorgängerregierung unverändert fortsetzte. Die Ablehnung der Regierung Rifai erfolgte überwiegend aufgrund deren Steuer-, Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Am 01. Februar 2011 hat König Abdullah II., erstmals auf Druck der Straße, die Regierung von Premierminister Rifai entlassen, und am selben Tag noch Marouf al-Bakhit mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Sowohl al-Bakhit wie auch seine Minister waren nicht die erste Wahl. Die Reaktion der Bevölkerung auf die neue Regierung ist als reserviert bis skeptisch zu bezeichnen. Nicht nur die Vita des neuen Premierministers, sondern auch seine engen Beziehungen zum Militär lassen nicht wenige befürchten, dass er es mit Reformen nur so weit ernst meinen könnte, wie sich nicht wirklich Substantielles ändert. Sie sehen in ihm eher den Bewahrer des Status Quo denn den 'Reformator'. Diese erste Einschätzung scheint sich immer mehr zu bestätigen, da die Kritik an der Person des Premierministers und der Politik seiner Regierung nicht nur nicht verstummt, sondern im Gegenteil zunimmt. Eine Vertrauensabstimmung im Parlament hat der neue Premierminister am 03. März 2011 zwar mit 63 zu 47 Stimmen (bei sieben Enthaltungen und drei Abwesenden) gewinnen können, angesichts der großen Zustimmung des Parlaments zu der Politik seines Vorgängers (am 23. Dezember 2010 stimmten noch 111 von 120 Abgeordneten für seinen Vorgänger Samir Rifai) und gemessen an jordanischen Verhältnissen, ist dieses Ergebnis jedoch eher als Misstrauensvotum, denn als Zustimmung zu der Politik seiner Regierung zu interpretieren. Was aber hätte eine Regierung in gerade einmal drei Wochen ändern sollen bzw. können? Man bekommt in Jordanien zunehmend den Eindruck, dass die Bevölkerung von der Politik jetzt regelrechte Wunder erwartet. Nach mehr als drei Monaten bleibt in Bezug auf die angekündigten Reformen nur eine greifbare Verbesserung: Die Aufhebung des Versammlungsverbotes und die Lockerung des Demonstrationsverbotes. Für alles Weitere wollte sich die neue Regierung bis zu sechs Monate Zeit lassen, was nicht nur von der Bevölkerung, sondern auch vom König, als eindeutig zu lang empfunden wird. Bei allem Unmut in der Bevölkerung verliefen die Proteste und Demonstrationen bis zum 25.03.2011 in friedlichen Bahnen.

Am 25. März kam es auf dem 'Dakhli Circle' zu schweren Ausschreitungen zwischen der oppositionellen Gruppe 'Bewegung des 24. März' und regimetreuen Anhängern, die unter dem Motto 'Freitag des Vaterlandes' firmierten. Mit äußerster Brutalität griffen die regimetreuen Gruppierungen, mit Steinen bewaffnet, die friedlichen Demonstranten an. Polizei und Sicherheitskräfte sollen daneben gestanden haben, teilweise gingen Kräfte der Gendarmerie und die 'Darak' (SK des Innenministeriums) aber auch aktiv gegen die Demonstranten vor. Die Brutalität verstörte und erschreckte nicht nur die anwesenden Beobachter und internationalen Journalisten, sondern darüber hinaus auch viele andere Menschen in Jordanien. So sehr, dass diejenigen, die die bürgerkriegsähnlichen Zustände des Jahres 1971 noch in Erinnerung haben (Stichwort 'Schwarzer September'), sich unwillkürlich an diese Zeit erinnert fühlten. Am Ende des Tages waren rund 150 Verletzte, etwa je zur Hälfte Demonstranten und

Sicherheitskräfte, zu verzeichnen. Über die Zahl der Toten gehen die Angaben auseinander. Als gesichert gilt, dass ein 56-jähriger Mann zu Tode gekommen ist. Nach Angaben von Demonstranten und Augenzeugen soll er misshandelt bzw. regelrecht totgeschlagen worden sein. Die Regierung wollte am nächsten Tag in der Presse glauben machen, dass der Mann einem Herzinfarkt erlegen ist. Darüber hinaus kursierten Gerüchte, dass es bis zu fünf weitere Tote gab.

Welche Schlüsse kann man aus dem vorgenannten Zwischenfall ziehen?

Das Auftreten der Polizei war nicht geeignet den Eindruck entstehen zu lassen, dass sie die Angegriffenen hat schützen wollen (obwohl gerade dies die Regierung immer wieder vorgibt zu tun). In Verbindung mit einer Demonstration vor einigen Wochen, als der die oppositionellen Demonstranten angreifende Mob nach getaner Arbeit in Bussen der Polizei bzw. Gendarmerie vom Ort des Geschehens gefahren worden ist, muss der Eindruck entstehen, das Regierungskreise es zumindest duldeten wenn nicht gar aktiv unterstützten.

Der zweite Schluss ist der, dass die Unterstützung für den König größer ist als gedacht. Dies deckt sich mit der Auffassung, dass sich der Unmut der Bevölkerung nicht (unmittelbar) gegen den König, sondern gegen die Politik, der von ihm eingesetzten Regierungen richtet. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass am 09. Februar 2011 eine von 36 hohen Vertretern angesehenener (trans-) jordanischer Familien und Beduinenstämme unterzeichnete Petition öffentlich wurde, in der die Unterzeichner den König zu einer politischen Kursänderung aufgefordert haben. Auch wenn die Verfasser namentlich die Ehefrauen Mubaraks und Ben Alis angesprochen haben, so haben sie damit doch recht unverhohlen auf die Gattin des Königs angespielt (was einem Tabubruch in Jordanien gleichkommt, da Kritik am Königshaus grundsätzlich verpönt ist). Der Gattin des Monarchen wird vorgeworfen, dass sie rechtswidrig und im großen Stil Land an Angehörige ihrer Familie hat übertragen lassen. Ein weiterer Vorwurf befasste sich mit der "exzessiven Pracht von persönlichen Geburtstagsfeiern auf Kosten des Staatsvermögens und der Armen" (Quelle „Der Standard“, 09.02.2011). Unabhängig vom Wahrheitsgehalt der erhobenen Vorwürfe, der nicht überprüft werden kann, stellt die vorgenannte Kritik einen Tabubruch dar. Weit wichtiger als die Frage, ob diese Gerüchte wahr sind, ist denn auch die Tatsache, dass die jordanische Bevölkerung diese für wahr hält, und dass derartige Dinge zu Unmut in der Bevölkerung führen. Objektiv betrachtet muss man sich aber auch fragen, ob derartige Vorwürfe auch erhoben worden wären, wenn die Beschuldigte nicht Palästinenserin bzw. palästinensischer Abstammung sondern (Trans-) Jordanierin wäre. Über die vorgenannten persönlichen Angriffe hinaus, haben die Unterzeichner der Petition Missstände wie Korruption, Armut, Vetternwirtschaft sowie Unterdrückung und Folter angeprangert. In diesem Zusammenhang soll auch von "neuen Machtzentren" sowie von "korrupten Plünderern" die Rede gewesen sein, die sich zwischen das hashemitische Königshaus und die (Trans-) Jordanier stellen. Die in der Petition geforderten Reformen scheinen zumindest in Teilen in eine andere Richtung zu gehen als die, die dem König vorschwebt. Dies kommt unter anderem in der Kritik der Politik zum Ausdruck, die sich in den zurückliegenden Jahren z.B. an Empfehlungen der Weltbank orientiert und einen politisch gemäßigten Kurs gegenüber Israel verfolgt

hat. Obwohl die vorgenannte Petition erst am 09. Februar 2011 öffentlich wurde, hat der König einem Teil der Anliegen der Petitionäre mit der Entscheidung, mit Barouf al-Bakhit einen konservativen Premierminister (trans-) jordanischer Abstammung zu ernennen, bereits entsprochen. War dies Zufall? War es Zufall, dass die vorgenannte Petition just an dem Tag bekannt wurde, als der König die neue Regierung vereidigt hat? Der Vorgänger des jetzigen Premierministers entstammte jedenfalls einer großen palästinensischen Familie und war ein ausgewiesener Wirtschaftsfachmann - wengleich mit vielleicht etwas zu wenig Sensibilität für soziale Belange.

In den zurückliegenden Wochen und Monaten glaubt der Berichterstatter festgestellt zu haben, dass sich die Kluft in der jordanischen Gesellschaft vergrößert hat. Es ist geradezu spürbar, wie sich "echte" Jordanier, d.h. so genannte Trans- oder Ostjordanier, die ursprünglich Beduinen waren oder teilweise auch heute noch sind, zunehmend von einer wachsenden palästinensisch stämmigen und überwiegend urbanen Mittelschicht bedrängt, wenn nicht gar bedroht fühlen. Letztere scheinen in den zurückliegenden Jahren stärker von der wirtschaftlichen Öffnung Jordaniens profitiert zu haben. Dieses Gefühl wird durch die immer wieder von Israel ins Gespräch gebrachte Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes um die Errichtung eines palästinensischen Staates geschürt, die zum Inhalt hat, Jordanien zu diesem Palästinenserstaat zu machen. Dies erklärt darüber hinaus auch, warum der König unbeirrt für die Errichtung dieses Palästinenserstaates - auf dem Gebiet der heutigen Westbank - kämpft, und in den zurückliegenden Wochen und Monaten schon fast verzweifelt bemüht ist, dieses Thema nicht durch die Ereignisse in der arabischen Welt in den Hintergrund treten zu lassen. Die Errichtung dieses palästinensischen Staates ist die beste Gewähr für die Stabilisierung der Macht der Hashemiten in Jordanien, wie man angesichts der oben geschilderten Ereignisse unzweifelhaft sehen kann. An diesem Beispiel zeigt sich einmal mehr, wie viele Facetten der israelisch-palästinensische Konflikt hat und wie destabilisierend er sich auf die Region als Ganzes auswirkt. Es hat einmal mehr den Anschein, als dass die Lösung dieses Konfliktes eine Vielzahl anderer Konflikte in einem Zug mit lösen könnte (Hamas, Hisbollah, Syrien, Libanon etc.).

Seit dem Tag der oben beschriebenen Ausschreitungen sieht man in Amman viele Autos mit jordanischen Fahnen und Ansteckfähnchen fahren. Man sieht junge Menschen, die sich in jordanische Fahnen hüllen, die T-Shirts in der entsprechenden Aufmachung tragen oder die Fahnen bzw. Fähnchen mit sich führen. Anders als in der Vergangenheit, sind die vorgenannten Accessoires derzeit aber weniger Ausdruck nationaler Einheit denn das Erkennungszeichen dafür, welcher Herkunft man ist und welchem politischen Lager man sich zugehörig fühlt. Diese Entwicklung kann man nicht anders als gefährlich bezeichnen und es bleibt zu hoffen, dass die Politik alles daran setzt, der gegenwärtigen Entwicklung entgegen zu wirken.

Erschwerend zu den vorgenannten politischen Entwicklungen kommt hinzu, dass der Tourismus, insbesondere der internationale Tourismus, aufgrund der jüngsten Entwicklungen in der arabischen Welt regelrecht eingebrochen ist. Erst unlängst wurde berichtet, dass z.B. 90 Gruppen aus Japan ihre Reise nach Jordanien abgesagt haben. Da Reisen nach Jordanien von vielen Veranstaltern in so genannten Paketen angeboten

werden, ist Jordanien auch dann von Absagen betroffen, wenn z.B. Stornierungen für Ägypten vorgenommen werden. Wenn man berücksichtigt, dass die Einnahmen aus dem Tourismusbereich in Jordanien in normalen Jahren zu rund 15% zum Bruttonationaleinkommen beitragen und darüber hinaus in diesem Bereich bis zu 300.000 Menschen ihr Auskommen verdienen, dann mag man ermesen, was dies aktuell für den jordanischen Staat und die in diesem Sektor tätigen bzw. beschäftigten Menschen bedeutet.

Libanon

Drei Ereignisse, die für die weitere Entwicklung im Libanon von Bedeutung sein könnten, sollen kurz angesprochen werden.

Erstens, dass das, was sich seit Mitte des Jahres 2010 zunehmend abgezeichnet hat, am 12. Januar 2011 Realität geworden ist. Das wiederholte Scheitern einer Regierung im Libanon und das erneute Stehen vor der Frage, wie es politisch weitergehen soll. Einer kurzen Phase politischer Hoffnung, in der Hariri sowohl auf die schiitische Hisbollah als auch auf den früheren Erzfeind Syrien zugegangen ist mit dem Ziel, so etwas wie eine Einheit im Libanon herbeizuführen, sollten alsbald neue Belastungen folgen. Während man mit der Frage der Eingliederung der Waffen der Hisbollah in die libanesische Armee noch halbwegs umgehen konnte (zu dem Preis, dass letztlich alles beim Alten geblieben ist, d.h. die Hisbollah nach wie vor so etwas wie eine Privat-Armee im Libanon unterhält), war die zunehmend aufkommende Frage die, wen das Sondertribunal für den Libanon in Den Haag am Ende seiner Ermittlungen für den Mord an Rafik Hariri anklagen würde. Dieses Thema sollte die zweite Jahreshälfte 2010 nicht nur dominieren, sondern am Ende auch die Regierung Hariris scheitern lassen. Seit dem II. Quartal 2010 zeichnete sich ab, dass nicht Syrien, sondern die Hisbollah bzw. Mitglieder derselben im Fadenkreuz der Ermittlungen stehen. Ab diesem Zeitpunkt wurde das Klima in der Regierung rauer und zunehmend frostiger, die verbalen Angriffe der Hisbollah gegen Hariri heftiger und letztlich die Versuche Hariris auch hilfloser, zu retten, was letztlich nicht mehr zu retten war. Als dieser sich der Forderung der Hisbollah widersetzte, sich von dem Tribunal in Den Haag zu distanzieren, war der endgültige Bruch geschehen. Da die libanesische Verfassung besagt, dass eine Regierung dann gescheitert ist, wenn mehr als ein Drittel ihrer Mitglieder zurücktritt, gehörte die Regierung Hariris mit der Ankündigung des Rücktritts von elf Ministern am 12. Januar 2011 der Vergangenheit an. Der Rückzug der Minister der Amal, der Hisbollah, des 'Free Patriotic Movement' sowie eines unabhängigen Kandidaten reichten aus, um die Regierung Hariris scheitern zu lassen.

Zweitens, dass der libanesische Geschäftsmann und Multi-Milliardär Najib Mikati am 25. Januar 2011 mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt worden ist, woran er sich auch drei Monate später noch immer vergebens versucht. Als wäre diese Aufgabe im Libanon nicht schon in "normalen" Zeiten eine außergewöhnlich schwierige, ist sie angesichts der aktuellen Ereignisse in der arabischen Welt fast nicht zu bewerkstelligen. Da bei allen Entscheidungen den Libanon betreffend sowohl Syrien (auf Seiten der schiitischen Hisbollah und natürlich auch in eigener Sache) als auch Saudi-Arabien (auf Seiten der pro-westlichen Kräfte und der Sunniten) ein gewichtiges

Wort mitreden, kommt es aufgrund der aktuellen Ereignisse in diesen beiden Ländern zwangsläufig zu Verzögerungen. Beide Länder sehen sich derzeit mit mehr oder weniger großen Protesten und Demonstrationen konfrontiert, denen sie ihre uneingeschränkte Aufmerksamkeit schenken müssen. Die Bildung einer Regierung im Libanon muss da zunächst einmal hinten anstehen (aus den gleichen Gründen rückt auch der israelisch-palästinensische Konflikt zunehmend in den Hintergrund, was darüber hinaus, mehr denn je, die Verletzbarkeit Israels offenbart). Nutznießer der aktuellen Situation ist der Iran bzw. dessen Statthalter im Libanon - die Hisbollah. Keine Regierung im Libanon ist aus Sicht beider Länder allemal besser, als die Falsche. Darüber hinaus gibt es Stimmen die vermuten, dass Syrien darauf spekuliert, dass sich in den Golfstaaten eine längerfristige Konfrontation mit dem Iran einstellen wird. Sollte es zu einer solchen Entwicklung kommen, so könnte dies weitreichende Folgen für den Libanon haben.

Drittens, dass die USA nach einem Bericht der Zeitung 'Wall Street Journal', datierend vom 04. April 2011, sämtliche Waffenlieferungen an die libanesische Armee eingestellt hat. Verteidigungsminister Robert Gates soll eine entsprechende Verfügung schon vor Wochen unterschrieben haben. Hintergrund ist wohl, dass die der vorherigen Regierung zugesagten Waffenlieferungen in die Hände der Hisbollah fallen könnten. Darüber hinaus besteht offenbar die Befürchtung, dass die libanesische Armee nicht in der Lage ist die Hisbollah zu kontrollieren, und wenn nötig auch in die Schranken zu weisen.

Syrien

Am 28. Januar 2011 war in einem israelischen Internetportal folgendes zu lesen: "Das Regime Mubaraks gilt als das stabilste und robusteste in der arabischen Welt". Es ist "...ein wie auch immer gearteter Verbündeter des Westens. Fällt nach Ben Ali auch noch Mubarak, dann ist wirklich die Hölle los, da wird es sogar einem Baschar Assad ungemütlich" (Quelle: Heute in Israel - Nachrichtenportal für Israel und den Nahen Osten). Der nicht genannte Autor hat mit seinen vorgenannten Ausführungen Weitblick bewiesen.

Heute, nur zehn Wochen später, herrscht zumindest in einem der zwei Punkte Gewissheit.

Die Welt hatte die Tragweite dessen, was in Ägypten geschehen war, noch nicht richtig eingeordnet, da wurden bereits erste Aufrufe zu Protesten in Syrien laut. Eine nicht näher bekannte Gruppe Oppositioneller hatte, vom Ausland aus, für den 18. Februar 2011 zu Protesten in der syrischen Stadt Hama aufgerufen. Der Aufruf blieb zwar nicht ungehört, die wenigen aber, die sich zum damaligen Zeitpunkt mit dem Gedanken an Protest befasst hatten, waren schnell von der Staatsmacht lokalisiert und in Gewahrsam genommen worden.

Hama steht für eines der traurigsten Kapitel in der Geschichte Syriens. Sie geben Zeugnis, mit welcher Brutalität der 2000 verstorbene Präsident Hafaz al-Assad

jegliche Abweichung von seiner Politik im Innern hat niederschlagen lassen. Im Februar 1982 war in Hama ein Aufstand von Anhängern der syrischen Muslimbrüder ausgebrochen. In den Moscheen der Stadt war zum nationalen Aufstand aufgerufen worden, und bei Übergriffen auf die Staatsmacht waren Mitglieder der seit 1963 regierenden sozialistischen Baath-Partei und Angehörige der Alawiten, der Bevölkerungsgruppe des Präsidenten, zu Tode gekommen. Zwei Panzerdivisionen und massive Luftangriffe, bei denen die Stadt u.a. mit Napalm-Bomben weitgehend zerstört worden ist, waren die Mittel, mit denen man die Lage wieder in den Griff bekommen hat zu dem Preis, dass bis zu 25.000 Menschen ihr Leben verloren haben.

Beobachtern der aktuellen Entwicklung kommen die Ereignisse von Hama unwillkürlich wieder in den Sinn, wenn sie dieser Tage die wenigen verfügbaren Bilder von einerseits den Demonstrationen und Protesten und andererseits dem Vorgehen der Staatsmacht sehen. Es deutet bisher nichts darauf hin, dass das Regime mit anderen als den aus der Vergangenheit bekannten Mitteln versuchen wird, Herr der Lage zu bleiben.

Am 18. März 2011 gingen in der an der Grenze zu Jordanien gelegenen Stadt Dera'a erstmals einige Hundert Menschen auf die Straße, um für mehr demokratische Rechte zu demonstrieren. Ihr Protest richtete sich zuvorderst gegen den Gouverneur der Provinz Dera'a, *Faisal Kulthum*, dem sie Korruption und Untätigkeit vorwarfen. Auch in anderen Städten wie in Damaskus, Banjas und Homs wurde an diesem Tag demonstriert. Wie nicht anders erwartet worden war, gingen die Sicherheitskräfte mit großer Härte gegen die Demonstrierenden vor. Bereits am ersten Tag waren alleine in Dera'a fünf Tote zu beklagen. Als am darauffolgenden Tag die Getöteten zu Grabe getragen wurden, hatte sich die Zahl der Protestierenden schon auf einige Tausend erhöht. Wieder hat die Staatsmacht mit Gewalt reagiert, und wieder waren am Ende des Tages Tote zu verzeichnen. Darunter auch ein 11-jähriges Mädchen. Als sich am 20. März 2011, am dritten Tag der Proteste, eine Regierungsdelegation von Damaskus aus nach Dera'a auf den Weg machte, war die Zahl der Demonstrierenden bereits auf mehr als 10.000 angewachsen. Auch dieser Tag sollte nicht ohne Tote zu Ende gehen.

Die Bevölkerung in Dera'a ist überwiegend sunnitischen Glaubens. Die Menschen gehören einem Stamm an, der auf beiden Seiten der Grenze, d.h. sowohl in Syrien als auch in Jordanien, sesshaft ist. Vermutlich aus diesem Grund kamen bereits früh Gerüchte auf, dass die in Dera'a Demonstrierenden von der jordanischen Seite mit Waffen versorgt werden. Von kleinen Transportfahrzeugen (Pick-ups), die voll von Waffen gewesen sein sollen, war die Rede, gleichwohl objektive Beweise dafür nicht vorgelegt wurden. Auch hält sich nachhaltig das Gerücht, das bei den Protesten in Dera'a jordanische Staatsbürger verhaftet worden sind. Nicht zuletzt deswegen, soll es in den Tagen nach Ausbruch der Demonstrationen in Dera'a zu zwei längeren Telefongesprächen zwischen den Staatschefs aus Jordanien und Syrien gekommen sein.

Seit den Ereignissen vom 18. März 2011 ist Dera'a zum Zentrum der Proteste in Syrien geworden. Trotz Einsatz von Armee und Sicherheitskräften ist auch drei Wochen nach Ausbruch der Unruhen noch kein Ende in Sicht.

Hinter den Kulissen versuchte das Regime indes, die Ereignisse in Dera'a so schnell als möglich unter Kontrolle zu bekommen. Mit dem Ziel, die Demonstranten zu besänftigen, hat Präsident Baschar al-Assad am 20. März 2011 den Gouverneur der Provinz Dera'a entlassen. Ihm wurden nach Auskunft der amtlichen syrischen Nachrichtenagentur SANA "...krasse Fehler beim Umgang mit den Protesten in der Region..." vorgeworfen. Seine Entlassung sei „...auf Bitten der Bevölkerung von Dera'a...“ erfolgt, meldete die Nachrichtenagentur weiter. Auf den Protest der Menschen hatte die Maßnahme keinen Einfluss.

In den syrischen Medien (Zeitungen / Fernsehen) waren die Ereignisse von Dera'a kein Thema. Das zeitgleich die arabischen Sender Al Jazeera (Katar) und Al Arabiya (Dubai) Bilder von den Ereignissen in Dera'a ausstrahlten, die über Satellit auch in den meisten syrischen Haushalten zu empfangen waren, führte den Versuch, die Ereignisse totzuschweigen, ad absurdum.

In den darauf folgenden Tagen hat sich die Zahl der Demonstrierenden weiter erhöht. Im Rahmen der nun täglichen Beisetzungen von Toten, deren Zahl mittlerweile die 100 überschritten hatte, waren am 24. März 2011 bereits deutlich mehr als 20.000 Menschen auf den Straßen. In Sprechchören forderten sie immer bestimmter einen demokratischen Wandel in Syrien. Das Regime erklärte den Demonstrierenden indes den Kampf. Mit Bezug auf die Ereignisse des Jahres 1982 in Hama, sprach die Opposition bereits vom "Massaker von Dera'a". Die regierungsnahе syrische Tageszeitung "Al-Watan" bezeichnete die aufkommenden Demonstrationen in Syrien als den Versuch ausländischer Mächte, die Sicherheit und die Stabilität Syriens zu erschüttern.

Unterdessen setzte eine Welle von Verhaftungen ein, die sich primär gegen (inländische) politische Aktivisten, aber auch gegen in- und ausländische Reporter und Journalisten richtete. Gleich mehrfach waren davon auch Mitarbeiter der größten internationalen Nachrichtenagentur Reuters betroffen. Zumindest die ausländischen Reporter wurden nach kurzer Zeit wieder freigelassen, in der Folge aber zumeist des Landes verwiesen. Ganz offensichtlich war man bemüht, keine Informationen nach außen dringen zu lassen.

Nach einer weiteren Runde der Gewalt, versuchte es das Regime wieder mit dem Zuckerbrot. Am 24. März 2011 teilte die Präsidentensprecherin Buthaina Schaaban im syrischen Fernsehen mit, dass die Regierung die Aufhebung des seit 1963 bestehenden Ausnahmezustands prüfen werde. Auch die Verabschiedung eines Gesetzes, nach dem man künftig politische Parteien zulassen wollte, sollte erwogen werden. Darüber hinaus kündigte sie die Untersuchung der blutigen Ereignisse von Dera'a an. Weitere Ankündigungen betrafen Gehaltsverbesserungen für Staatsbedienstete, eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung, mehr Arbeitsplätze für junge Menschen und die Verstärkung des Kampfes gegen Korruption.

Am 27. März 2011 wurde dann etwas voreilig die Aufhebung des Ausnahmezustandes mitgeteilt. Die Protestwelle war an diesem und dem vorangegangenen Tag ein wenig

abgeebbt. Die Zahl der Toten wurde, je nach Quelle, für den Zeitraum seit Beginn der Unruhen mit 30 (offizielle Angabe) bis 150 (Opposition und Menschenrechtsorganisationen) angegeben. Es kamen Gerüchte über eine bevorstehende Umbildung der Regierung von Mohammed Naji al-Otri auf, der seit 2003 das Amt des syrischen Premierministers begleitete (der Berichtersteller hatte eine mögliche Regierungsumbildung bereits mit E-Mail-Schreiben vom 07. Februar 2011, für voraussichtlich Ende Februar 2011, mitgeteilt, da bereits nach dem Sturz Ben Alis in Tunesien absehbar war, dass Syrien würde reagieren müssen, wenn es nicht mit in den Strudel der Ereignisse in den anderen arabischen Ländern gezogen werden wollte).

Am 29. März 2011 kam es erstmals zu größeren Demonstrationen für das Regime. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller öffentlichen Einrichtungen waren für diesen Tag aufgerufen, sich an den entsprechenden Kundgebungen zu beteiligen. Alleine in Damaskus gingen Zehntausende für das Regime auf die Straße. Die Regierung Otri reichte ihren Rücktritt ein, den Präsident Assad annahm und am 04. April 2011 beauftragte er den bisherigen Landwirtschaftsminister Adel Safar mit der Bildung einer neuen Regierung.

Am 30. März 2011 folgte die seit Beginn der Unruhen mit Spannung erwartete Rede von Staatspräsident Assad. Alleine das, was er seinem Volk mitzuteilen hatte, enttäuschte viele. Er sprach von einer ausländischen Verschwörung, die die Destabilisierung Syriens zum Ziel habe. Von der am 27. März 2011 voreilig mitgeteilten Aufhebung des Ausnahmezustands und der damit einhergehenden Notstandsgesetze war keine Rede mehr. In Bezug auf die Welle, die nach den Worten des syrischen Präsidenten auf Syrien überschwappen könnte, forderte er sein Volk auf, diese in die richtigen Bahnen zu lenken. Zwar wurde die Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Notstandsgesetze in Aussicht gestellt, deren Umsetzung sollte zuvor aber noch detailliert geprüft werden.

Kurz nach Übernahme des Präsidentenamtes im Juli 2000, hatte Staatspräsident Baschar al-Assad noch Hoffnung in Bezug auf eine Änderung der Politik seines verstorbenen Vaters Hafez aufkommen lassen. Den unmittelbar nach Amtsantritt in Aussicht gestellten Reformen folgten zwar wirtschaftliche Zugeständnisse. Politische Zugeständnisse, auf die man darüber hinaus gehofft hatte, blieben aber ein Tabu.

Was die weitere Entwicklung in Syrien angeht, so kann davon ausgegangen werden, dass bis auf Weiteres weder die Demonstranten noch das Regime zurückstecken werden. Auch am Wochenende 08. / 09. April 2011 ist es wieder zu Demonstrationen gekommen, in deren Verlauf in Dera'a mehr als ein Dutzend Menschen ihr Leben verloren haben sollen. Darüber hinaus hat es auch in Homs und Harasta (in unmittelbarer Nähe von Damaskus) wieder Tote gegeben. Neben scharfer Munition und Tränengas, soll in Dera'a erstmals auch ein nicht näher bezeichnendes Gas zum Einsatz gekommen sein. Dass sich in mehreren Städten im Nordwesten des Landes auch einige Tausend Kurden an den Demonstrationen beteiligt haben, war in diesem Zusammenhang von besonderem Interesse. Erst am 07. April 2011 hatte der syrische Präsident ein Dekret unterzeichnet, mittels dem Zehntausenden Kurden die syrische

Staatsbürgerschaft verliehen werden kann (die Kurdenfrage war über viele Jahre ein Thema, welches die Beziehungen zwischen der Türkei und Syrien stark belastet hat). Journalisten, die über die Demonstrationen berichten wollten, sollen verhaftet, geschlagen und teilweise auch misshandelt worden sein.

Ob die Demonstranten ihre Forderungen nach mehr politischer Freiheit am Ende werden durchsetzen können, muss weiterhin als höchst ungewiss bezeichnet werden.

Hinter vorgehaltener Hand wird zwar spekuliert, dass es innerhalb der Führungselite Syriens Spannungen gibt, ob diese jedoch dafür dienlich sind, dass die Demonstranten ihren Zielen näher kommen, darf bezweifelt werden. So wird beispielsweise der jüngere Bruder des Präsidenten, *Maher al-Assad*, der gegenwärtig Kommandeur der Präsidentengarde ist, als derjenige bezeichnet, der innerhalb des Regimes für ein unnachgiebiges Vorgehen gegen die Demonstranten eintritt.

Thomas Gebhard

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Amman, Jordanien

IMPRESSUM

Erstellt: 10.04.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de